

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 16.2.09

Sitzungsort: Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 18.55 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug (bis 18.20 Uhr)
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Dr. Petran

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke
-
-
-
-
-

- Bürgermeister
- Beigeordneter
- Stadtkämmerer
- GLB
- 01-
- 10-

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

-
-
-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- Dr. Dahm
- Gerharz, F.J.
- Vogel
- Stilz
- Boley
- Ehrenstein
- Falkenstein
- Fischer
- Dr. Frantziach-Immenkeppel
- Gerharz, Th.
- Hepp
- Pohl
- Pütz
- Rau
- Schumacher
- Simons
- Vetterling

- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU

- Blanke
- Heck
- Grafe
- Jung
- Reinkemeier
- Salvador
- Vilkman
- Weesbach
- Wehrhahn

- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD

- Baule
- Arth
- Bohlken
- Mainzer
- Müller

- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb

- Bortlisz-Dickhoff
- Niclasen
- Weber
- Winkelmann-Strack

- Grüne
- Grüne
- Grüne
- Grüne

- Brämer

- FDP

A) Öffentlicher Teil	4
1. Niederschrift vom 8.12.08	4
2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW	4
2.1 Barrierefrei Stadt - Verkehrssituation rund um die Giesler-Galerie	4
Bezug: Antrag Theodor Zimmermann vom 17.11.08	4
Vorlage-Nr. 40/02 k	4
2.2 Aberkennung Ehrenbürgerschaft Adolf Hitler	5
Bezug: Antrag Theresa Klümper vom 20.1.2009	5
Vorlage-Nr. 10/73 ar+as	5
3. Bestimmung stellvertretender Wahlleiter	6
Vorlage-Nr. 26/08 i	6
4. Umbesetzung in Ausschüssen	7
4.1 Nachfolge für die verstorbene Ratsfrau Renate Schönhütte	7
Vorlage-Nr. 105/94 cu	7
4.2 Umbesetzung im Wahlausschuss	8
Bezug: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 14.1.09	8
Vorlage-Nr. 105/94 cv	8
4.3 Umbesetzung im Verkehrsausschuss	8
Bezug: Antrag des ADFC vom 7.2.09	8
Vorlage-Nr. 105/94 cw	8
5. Antrag	8
5.1 Lokales Bündnis für Familien - Teilnahme 'audit beruf&familie'	8
Bezug: Antrag der Grünen-Fraktion vom 22.1.2009	8
Vorlage-Nr. 76/04 e+ f	8
6. Mitteilungen	8
6.1 Städtebauförderung	8
6.2 Seniorenkonferenz	9
7. Anfragen	9
7.1 Umsetzung des Konjunkturprogramms	9
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.1.09	9
Vorlage-Nr. 2/09 + a	9
7.2 Trödelmarkt	10
7.3 Schließzeiten Kindergärten an Weiberfastnacht	10
7.4 Leopold-Bär-Platz	10
B) Nichtöffentlicher Teil	11
8. Unbefristete Niederschlagung einer Forderung auf Unterhaltszahlungen	11
Vorlage-Nr. 3/09	11
9. Unbefristete Niederschlagung einer Forderung auf Ausgleichsabgabe	11
Vorlage-Nr. 4/09	11

10. Erlass einer Forderung auf Unterhaltszahlungen	11
Vorlage-Nr. 5/09	11
11. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen	11
Vorlage-Nr. 62/95 cb	11
12. Mitteilungen	11
12.1 Entwicklung Gewerbesteuer	11
13. Anfragen	12
13.1 Swap-Geschäfte	12
13.2 Goldenes Buch	12

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

In der ersten Hauptausschusssitzung 2009 wünscht er allen Mitgliedern ein gutes Neues Jahr mit dem Erfolg, den sich jeder für sich wünsche. Er selbst wünsche sich, dass das seit geraumer Zeit bestehende gute Klima trotz aller Belastungen, die in diesem Jahr anstehen, erhalten bleibe. Dies wäre, auch für die Brühlerinnen und Brühler, ein gutes Zeichen.

A) Öffentlicher Teil

1. Niederschrift vom 8.12.08

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 8.12.08 werden keine Einwände erhoben.

2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW

2.1 Barrierefrei Stadt - Verkehrssituation rund um die Giesler-Galerie

Bezug: Antrag Theodor Zimmermann vom 17.11.08

Vorlage-Nr. 40/02 k

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass der Beschwerdeführer mit Schreiben vom 12.12.08 eine Antwort auf seine Eingabe erhalten habe. Zur Problematik der Poller wurde in diesem Schreiben bereits Stellung genommen. Das Antwortschreiben ist den Hauptausschussunterlagen beigelegt.

Bezüglich des darüber hinaus von Herrn Zimmermann angesprochenen Problems des zu starken Gefälles hat am 14. Januar ein Ortstermin stattgefunden, an dem die Fachleute des Tiefbauamtes und auch Herr Zimmermann selbst teilgenommen haben, mit folgendem Ergebnis:

Die Gefällesituation des Bürgersteigs an der Kreuzung „Clemens-August-Straße“/„Uhlstraße“ auf Seiten der Giesler Galerie wird nach Wetterbesserung entschärft. Dadurch regelt sich auch das Problem mit dem Fahrradständer, der nach derzeitigem Planungsstand nicht entfernt werden muss.

Für den Bürgersteig an der Kreuzung „Bonnstraße“/

„Uhlstraße“ gibt es keine schnelle Lösung. Das Tiefbauamt arbeitet daran.

Herr Zimmermann sei mit diesem Ergebnis zufrieden gewesen und habe Verständnis dafür gezeigt, dass für die Bauarbeiten Vorlaufzeiten erforderlich sind. Dem Bürgerantrag sei daher Rechnung getragen.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) nimmt Bezug auf das Schreiben an Herrn Zimmermann. Dort habe der Bürgermeister mitgeteilt, dass es sich um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung handle und der Hauptausschuss den Antrag daher an die Verwaltung weiterleiten müsse. Da diese Weiterleitung quasi erst in der heutigen Sitzung geschehe, bitte er zumindest um eine Vorlage, in der über die Behandlung des Bürgerantrages berichtet werde.

Darüber hinaus hätte er gerne einmal eine Definition des Begriffs „wildes Fahrradparken“. Er frage sich, ob es sich bereits um wildes Fahrradparken handle, wenn man sein Fahrrad an einem Fahrradständer ankette und Fußgänger dadurch nicht mehr ungehindert passieren könnten. Dies sei nämlich die dortige Problematik.

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Rat hat zur Behandlung von sogenannten „Bürgeranträgen“ dem Hauptausschuss die Funktion eines Beschwerdeausschusses übertragen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Hauptausschuss damit automatisch die Zuständigkeit für die Entscheidung über Bürgeranträge erhält. Vielmehr bleiben die Zuständigkeiten des Rates, der Ausschüsse oder auch der Verwaltung unberührt.

Sobald ein Bürgerantrag eingeht, wird dieser bearbeitet, d. h. an die zuständige Stelle weitergeleitet. Da in der Regel nur eine Hauptausschusssitzung im Monat stattfindet und die Fachausschüsse ungefähr alle zwei Monate tagen, wäre es sicherlich nicht im Sinne einer bürgerfreundlichen Verwaltung, die Bearbeitung der Anregung bzw. Beschwerde erst nach der formalen Weiterleitung durch den Hauptausschuss in Angriff zu nehmen. So ist die Verwaltung auch im vorliegenden Fall bereits vor der eigentlichen Weiterleitung der Angelegenheit tätig geworden. Die Information der Ratsmitglieder erfolgte zum einen durch die Übersendung des Antwortschreibens an Herrn Zimmermann sowie durch den Sachstandsbericht des Bürgermeisters in der heutigen Sitzung. Eine weitere Vorlage erübrigt sich damit.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass man dann von „wildem Fahrradparken“ spreche, wenn das Fahrrad so abgestellt werde, dass es andere behindere.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) gibt zu bedenken, dass die Pfosten wohl als Abgrenzung dort aufgestellt seien; diese würden fälschlicherweise jedoch zum Abstellen der Fahrräder genutzt. Er bitte daher, zu prüfen, ob man diese Stangen nicht entfernen kann oder ob man sie nicht mit einer Kette verbinden könne. Dann könne man ein Fahrrad nicht mehr quer sondern nur noch längs abstellen, so dass es nicht mehr störe.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass dies eine Möglichkeit sein könnte, die er, auch unter ästhetischen Gesichtspunkten, prüfen lasse. Er werde diesbezüglich den Hauptausschuss auf dem Laufenden halten.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) ist der Ansicht, dass man Herrn Zimmermann danken müsse, da er die Stadt bei ihrem Bemühen, behindertenfreundlich zu sein, sehr unterstütze.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass man für jede Hilfe dankbar sei. Man müsse natürlich auch bedenken, dass nicht alles, was theoretisch machbar, auch rechtlich möglich sei.

2.2 Aberkennung Ehrenbürgerschaft Adolf Hitler

Bezug: Antrag Theresa Klümper vom 20.1.2009

Vorlage-Nr. 10/73 ar+as

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) erklärt, dass seine Fraktion das Anliegen von Theresa Klümper unterstütze. Man müsse hier die Gelegenheit wahrnehmen, ein deutliches Zeichen gegen Rechts zu setzen und klar zum Ausdruck bringen, dass Adolf Hitler nicht Ehrenbürger der Stadt Brühl ist. Seine Fraktion spreche sich daher unabhängig von allen rechtlichen Bedenken dafür aus, die Ehrenbürgerschaft offiziell abzuerkennen.

In diesem Zusammenhang erinnert er an die Zusage des Bürgermeisters, wegen der vor über einem Jahr abgesagten Veranstaltung gegen Rechts eine neue Zusammenkunft zu organisieren. Seit dem habe man von dieser Sache nichts mehr gehört.

Bürgermeister Kreuzberg stellt richtig, dass es selbstverständlich mit den Jugendlichen die versprochene Veranstaltung gegeben habe und es ihm leid tue, wenn Herr vom Hagen hiervon nichts gehört habe.

Zum anderen werde mit der vorliegenden Vorlage etwas bestätigt, was eigentlich schon längst klar sei. Im Übrigen könne es nicht sein, dass man in den Ausschüssen einfach die Rechtmäßigkeit eines Beschlusses außer Acht lasse. Daher sei aus formalen Gründen ein Aberkennungsbeschluss nicht möglich. In der Sache sei man sich allerdings sicherlich einig.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) bestätigt, dass der Inhalt des Beschlusses eigentlich selbstverständlich sei. Er wolle allerdings die Gelegenheit nutzen, Frau Klümper für ihr Engagement zu danken. Seine Fraktion könne zustimmen, da es hier darum gehe, festzustellen, dass diese beiden Personen es nie Wert gewesen seien, Ehrenbürger der Stadt Brühl zu sein.

Ratsherr Hosmann (CDU) bezeichnet es als Geschichtsverdrehung, wenn man Hitler und Hindenburg in einem Atemzug nenne. Er wolle dies nicht vertiefen, weise allerdings darauf hin, dass Hindenburg eine ganz andere Rolle gespielt habe. Hindenburg sei bereits 1934 gestorben und werde z.B. in Potsdam ausdrücklich weiter in der Liste der Ehrenbürger geführt.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) hält dem entgegen, dass er hierzu eine ganz andere Meinung habe.

Bürgermeister Kreuzberg stellt fest, dass es sicherlich Gründe für die eine wie auch für die andere Position gebe. Dies aufzuarbeiten sei jedoch nicht Aufgabe des Hauptausschusses. Mit dem Beschluss solle lediglich bestätigt werden, dass das Ehrenbürgerrecht von Adolf Hitler und Paul Hindenburg erloschen sei.

Aus dem Zuschauerraum wird die Frage aufgeworfen, ob ein Redebeitrag möglich sei.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass dies normalerweise nicht vorgesehen sei. Es liege jedoch in der Zuständigkeit des Ausschusses, die Sitzung zu unterbrechen. Er stellt fest, dass ein entsprechender Antrag seitens des Hauptausschusses nicht gestellt werde und setzt die Sitzung fort.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat bestätigt, dass das Ehrenbürgerrecht von Adolf Hitler und Paul Hindenburg erloschen ist.

- einstimmig -

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass im Rahmen des TO-Pkt. 11 „Einstellungen, Beförderungen und Höhergruppierungen“ die Vorstellung von Herrn Dieckmann, Fachbereich Tiefbau, vorgesehen sei. In Absprache mit Herrn Dieckmann werde die Vorstellung jetzt in den öffentlichen Teil vorgezogen.

Herr Uwe Dieckmann, Tiefbauingenieur, ab 1.1.2009 eingestellt im Fachbereich Tiefbau, stellt sich den Mitgliedern des Hauptausschusses vor.

Bürgermeister Kreuzberg dankt Herrn Dieckmann und hofft auf gute Zusammenarbeit.

3. Bestimmung stellvertretender Wahlleiter **Vorlage-Nr. 26/08 i**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung der Kandidatur des jeweils amtierenden Bürgermeisters und gleichzeitiger Kandidatur eines Dezernenten den Leiter des Fachbereichs Organisation und Personal als stellvertretenden Wahlleiter zu benennen.

- einstimmig -

4. Umbesetzung in Ausschüssen

4.1 Nachfolge für die verstorbene Ratsfrau Renate Schönhütte Vorlage-Nr. 105/94 cu

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) nimmt Bezug auf die Nachbenennung der Grünen im Stiftungsrat der „Kulturstiftung für die Stadt Brühl“ und fragt, warum hier automatisch wieder ein Vertreter der Grünen-Fraktion benannt werde.

Bürgermeister Kreuzberg erläutert, dass im Stiftungsrat fünf Ratsmitglieder vertreten seien, u.a. auch ein Mitglied der fw/bVb-Fraktion. Wenn nun das Mitglied einer Fraktion ausscheide, sei es selbstverständlich, dass diese Fraktion einen Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin stellt. Dies sei zumindest wünschenswert, so dass er bitte, dem Beschlusssentwurf zuzustimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Auf Antrag der GRÜNE-Fraktion beschließt der Rat folgende Umbesetzungen in **Ausschüssen**:

Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus:	RM Michael vom Hagen (ordentl. Mitglied)
Vergabe- und Liegenschaftsausschuss:	RM Bernd Winkelmann-Strack (ordentl. Mitglied, gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender)
Verkehrsausschuss:	Stellvertretung durch Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt:	Stellvertretung durch Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
Ausschuss für Soziales und Migration:	skB Andrea vom Hagen (stellv. Mitglied)
Jugendhilfeausschuss	skB Gebhard Egidi (Mitglied) skB Robert Sass (stellv. Mitglied und persönlicher Vertreter)
Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	skB Jörg Winkelmann (1. Stellvertretendes Mitglied) dann Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
Betriebsausschuss	Stellvertretung durch Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge
Rechnungsprüfungsausschuss	RM Michael vom Hagen (stellv. Mitglied)
Wahlausschuss	RM Bernd Winkelmann-Strack (ordentl. Mitglied)

2. Als Nachfolger für Renate Schönhütte im **Stiftungsrat der „Kulturstiftung für die Stadt Brühl“** schlägt der Rat dem Vorstand den Ratsherren Michael vom Hagen (GRÜNE) vor.

3. Darüber hinaus bestimmt die GRÜNE-Fraktion den Ratsherren Markus Weber zum Mitglied und den Ratsherren Michael vom Hagen zum stellvertretenden Mitglied in die **Verbandsversammlung des Zweckverbandes Volkshochschule Rhein-Erft**.

- einstimmig -

4.2 Umbesetzung im Wahlausschuss

Bezug: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 14.1.09

Vorlage-Nr. 105/94 cv

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, Herrn Klaus Bohlken anstelle von Heinz Schmitz zum stellvertretenden Mitglied des Wahlausschusses zu berufen.

- einstimmig -

4.3 Umbesetzung im Verkehrsausschuss

Bezug: Antrag des ADFC vom 7.2.09

Vorlage-Nr. 105/94 cw

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, anstelle von Frau Johanna Bollenbeck Herrn Dieter Jansen als stellvertretenden sachkundigen Einwohner für den ADFC in den Verkehrsausschuss zu berufen.

- einstimmig -

5. Antrag

5.1 Lokales Bündnis für Familien - Teilnahme 'audit beruf&familie'

Bezug: Antrag der Grünen-Fraktion vom 22.1.2009

Vorlage-Nr. 76/04 e+ f

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) zeigt sich erfreut darüber, dass Angebote eingeholt würden, wie aus der Vorlage hervorgehe. Er bitte bei Gelegenheit um Information über die voraussichtlichen Kosten für Stadt und Stadtwerke.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

6. Mitteilungen

6.1 Städtebauförderung

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass seitens des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen schriftlich bestätigt worden sei, dass man dem Antrag der Stadt Brühl auf Aufnahme des Stadtteils Vochem in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt NRW“ mit einer Zuwendung in Höhe von 2,1 Millionen Euro entspreche.

Er erklärt, dass man dennoch versuche, weitere Fördermittel zu erhalten.

6.2 Seniorenkonferenz

Stadtkämmerer Freytag nimmt Bezug auf die bereits stattgefundenen Veranstaltungen „Menschen im besten Alter“. Da man keine Konkurrenzveranstaltung durchführen wolle, habe man miteinander Kontakt aufgenommen und wolle nun gemeinsam eine Seniorenkonferenz durchführen am 11. Oktober 2009.

7. Anfragen

7.1 Umsetzung des Konjunkturprogramms

hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.1.09

Vorlage-Nr. 2/09 + a

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Bürgermeister Kreuzberg führt ergänzend zur Vorlage aus, dass man natürlich abwarten müsse, wie die Konkretisierung aussehe.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bestätigt, dass die Sache wohl komplizierter sei als ursprünglich dargestellt.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) zeigt sich verwundert darüber, dass nach der Modifizierung der Bildungspauschale auch eine Berücksichtigung von Schülern an Ersatzschulen vorgesehen sei. Dies sei vor dem Hintergrund der Ablehnung solcher Anträge, die angeblich nicht in die Kernzuständigkeit der Kommune gehörten, überraschend.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass dies zum einen im Programm, auf das man keinen Einfluss habe, so vorgesehen sei. Zum anderen müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die Ersatzschulen auch Brühler Schülerinnen und Schüler beschulten. Da sich die Ersatzschulen ohnehin zu 96 % über den Staat finanzierten, könne hier nicht zwischen „Mein und Dein“ unterschieden werden.

Stadtkämmerer Freytag ergänzt, dass ausdrücklich gesagt worden sei, dass im Bereich Bildung auch private Träger berücksichtigt werden können. Insofern sei es bereits ein Gebot der Fairness, mögliche Anträge auch zu beachten. Letztendlich werde die Entscheidung ohnehin im Rat getroffen. Im Übrigen erhalte Brühl – gerade im Bildungsbereich – im Vergleich zu anderen Kommunen weitaus mehr Geld, weil die Ersatzschulen mitgerechnet würden. Auch unter diesem Aspekt könne man nicht auf der einen Seite von diesen Schulen profitieren und ihnen auf der anderen Seite nichts zukommen lassen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) unterstreicht die Ausführungen des Kämmerers. Der größte Teil der Mittel fließe in den Bereich der Bildung, wobei eine Investition in energetische Maßnahmen an städtischen Schulen der Umwelt ebenso zu Gute komme wie an Ersatzschulen. Darüber hinaus weise er nochmals darauf hin, dass das Land Nordrhein-Westfalen über die grundsätzlich vereinbarte Bezuschussung in Höhe von 70 % hinaus fast 84 % für kommunale Investitionen zur Verfügung stelle. Dies werde sich für Brühl positiv auswirken. Letztendlich müsse man allerdings die endgültige Zustimmung zum Konjunkturpaket II abwarten. Da der Zeitrahmen sehr eng gesteckt sei, bitte er intern bereits die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen, damit die Vorschläge kurzfristig vorgelegt und die Mittel auf den Weg gebracht werden können, sobald die Handlungsempfehlungen vorliegen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) schließt sich dieser Meinung an. Es sei dringend nötig, etwas zu unternehmen, damit die Mittel sobald wie möglich ihren Zweck erfüllen. Zwar müsse man die offizielle Entscheidung noch abwarten; dennoch könne man schon Überlegungen anstellen, um später zügig entscheiden zu können. S. E. gebe es durchaus einen Unterschied zwischen städtischen und privaten Schulen, da die Ersatzschulen ihre Gebäude und deren Instandhaltung selbst finanzierten.

7.2 Trödelmarkt

Ratsherr Meeth (CDU) berichtet, dass am vergangenen Sonntag wieder Trödelmarkt am Globuscenter stattgefunden habe. Dort seien fast nur neue Artikel und Lebensmittel angeboten worden. Lediglich 5 Stände mit eigentlichem Trödel seien ihm aufgefallen. Er gibt zu bedenken, dass die Stadt Köln hier rigoros vorgehe, so dass er die Brühler Verwaltung ebenfalls bitte, hier einzuschreiten. Dies sei auch vor dem Hintergrund der Untergrabung der Sonntagsöffnungszeiten dringend notwendig.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass ihm diese Handhabung ebenfalls ein Dorn im Auge sei und er auch der Meinung sei, dass man hier einschreiten müsse. Möglicherweise gebe es in Kürze eine gemeinsame Aktion der Bürgermeister im Umland. Vielleicht schaffe man es, hier eine gemeinsame und einheitliche Vorgehensweise zu vereinbaren.

7.3 Schließzeiten Kindergärten an Weiberfastnacht

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fragt, ob es richtig sei, dass alle städtischen Kindergärten an Weiberfastnacht um 11.00 Uhr schließen würden.

Stadtkämmerer Freytag bestätigt dies.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet, diese Entscheidung für das kommende Jahr einmal zu überdenken, da man ständig von der notwendigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf spreche und dies auch im Kleinen verwirklicht werden müsse.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass dies im Rheinland natürlich schwierig sei. Im Übrigen wolle man im Sinne der Brauchtumspflege den Kindern auch ermöglichen, die Aktionen auf dem Markt mitzuverfolgen.

Allerdings könnte man diesbezüglich einmal eine Elternbefragung durchführen.

7.4 Leopold-Bär-Platz

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) erinnert an die Entscheidung des Rates zur Platzbenennung. Darüber hinaus sei städtischerseits allerdings nichts weiter geschehen. Von privater Seite aus sei ein Schild aufgehängt worden; eine Platzgestaltung sei bisher jedoch unterblieben. Nach Ansicht seiner Fraktion müsse man, gerade auch im Hinblick auf den eben beratenen TO-Pkt. 2.2, den Platz als solchen besser hervorheben.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass eine Gestaltung schwierig sei, da es sich im Grunde genommen lediglich um eine Kreuzung handele. Dennoch wolle er die Angelegenheit einmal prüfen.